

# Stenographisches Protokoll.

## 7. Sitzung der IV. Session der V. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Freitag, den 23. Jänner 1953.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch Präsident Saßmann.
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 85).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 85).
4. Verhandlung:  
Antrag des Finanzausschusses, betreffend Bewilligung von gegenseitiger Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen im Voranschlage des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (S. 85); Abstimmung (S. 85).  
Antrag des Finanzausschusses, betreffend Frühjahrsarbeitsprogramm 1953. Berichterstatter Abg. Marchsteiner (S. 85 und S. 95); Redner: Abg. Dubovsky (S. 86), Abg. Wenger (S. 90), Abg. Ing. Hirmann (S. 93); Abstimmung (S. 95).

PRÄSIDENT SASSMANN (*um 11 Uhr 12 Min*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsmäßig aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, daher als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt der Herr Landeshauptmann Steinböck, die Herren Abg. Hainisch, Buchinger und Gerhartl wegen Krankheit.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

SCHRIFTFÜHRER (*liest*): Antrag der Abg. Schöberl, Reitzl, Zach, Müllner, Schwarzott, Fehringner und Genossen, betreffend die Erlassung einer einheitlichen Gemeindefwahlordnung für die Städte mit eigenem Statut des Landes Niederösterreich.

PRÄSIDENT SASSMANN (*nach Zuweisung des Einlaufes an den zuständigen Ausschuß*): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung.

Ich ersuche den Herrn Abg. Marchsteiner, die Verhandlung zur Zahl 402 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MARCHSTEINER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend Bewilligung von gegenseitiger Deckungsfähigkeit von Voranschlagsansätzen im Voranschlage des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952, zu berichten.

Mit Beschluß des Hohen Landtages vom 28. November 1952 wurde bei Voranschlags-

ansatz 672—61 „Beiträge zu den Kosten von Wilbachverbauungen“ die Überschreitung des Kredites von 992.200 S um 300.000 S bewilligt. Diese Überschreibungsbewilligung sollte die Möglichkeit schaffen, im Rahmen des Winternotstandsprogramms 1952 Arbeiten durchzuführen.

Da jedoch für diesen Sektor keine Bundesmittel zur Verfügung stehen, können die geplanten Arbeiten nicht durchgeführt und die Überschreibungsbewilligung nicht in Anspruch genommen werden.

Andererseits könnten aber, wenn dieser Beitrag für Fluß- und Bachregulierungen zur Verfügung stehen würde, Arbeiten weitergeführt beziehungsweise begonnen werden. Es muß jede Möglichkeit ausgenützt werden, die Winterarbeitslosigkeit zu vermindern.

Der Finanzausschuß hat sich in seiner vorgestern stattgefundenen Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt. Er stellt folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Im Voranschlage des Landes Niederösterreich für das Jahr 1952 wird der Voranschlagsansatz 672—61 ‚Beiträge zu den Kosten von Wilbachverbauungen‘ als einseitig deckungsfähig zugunsten des Voranschlagsansatzes 671—61 ‚Beiträge zu den Kosten von Fluß- und Bachregulierungen, Uferbruchverbauungen, Dammherstellungen und Dammsicherungen‘ erklärt.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen einzuleiten.

PRÄSIDENT: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. (*Nach Abstimmung*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Abg. Marchsteiner, die Verhandlungen zur Zahl 401 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. MARCHSTEINER: Hoher Landtag! Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend das Frühjahrsarbeitsprogramm 1953, zu berichten.

Der Hohe Landtag hat anläßlich der Beschlußfassung über die Vorlage der Landes-

regierung, betreffend das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1953, folgenden Beschluß gefaßt (*liest*):

„Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, bis 31. Jänner 1953 dem Landtage in Ergänzung des Budgetprovisoriums ein Frühjahrsarbeitsprogramm vorzulegen.“

Voranschlags- ansatz	Schilling
2410 Landesfachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs . . . . .	2,000.000
48500 Landeserziehungsanstalt in Korneuburg . . . . .	2,400.000
63—62 Für sonstige Siedlungszwecke . . . . .	2,000.000
63—63 Für sonstige Wohnbauförderung . . . . .	11,000.000
661—61 Um- und Ausbau von Landes- und Bezirksstraßen . . . . .	12,000.000
671—61 Beiträge zu den Kosten von Fluß- und Bachregulierungen, Ufer- bruchverbauungen, Dammerstellungen und Dammsicherungen . . . . .	1,500.000
68—61 Beiträge zu den Kosten der Wasserversorgung . . . . .	1,500.000
68—75 Beiträge zu den Kosten der Kanalisierung . . . . .	1,000.000
7411—64 Beiträge zu den Kosten der Marchfeldbewässerung . . . . .	500.000
7420—61 Zum Ausbau der bäuerlichen Fachschulen . . . . .	1,100.000
	Summe 35,000.000

Die Beträge bei den Voranschlagsansätzen 63—62 und 63—63 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Landesregierung hat sich bemüht, hauptsächlich jene Arbeiten in das Frühjahrsarbeitsprogramm aufzunehmen, welche durch ihre Lohnintensität die Möglichkeit geben, eine größere Anzahl von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Es sei auch dabei verwiesen, daß bei vielen dieser Arbeiten neben den vom Lande zur Verfügung gestellten Summen durch Bundes- und Interessentenbeiträge weitere hohe Beträge ins Verdienen gebracht werden.

Dieses Frühjahrsarbeitsprogramm 1953 soll bei Erstellung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1953 in den außerordentlichen Teil dieses Voranschlages aufgenommen werden.

Aus der Wechselbeziehung, die sich aus der Förderung der Siedlungsbewegung und Wohnbauförderung ergibt, ist es notwendig, die für diese beiden Zwecke ausgeworfenen Beträge als gegenseitig deckungsfähig zu erklären.

Die niederösterreichische Landesregierung hat daher folgenden Antrag gestellt, der gleichlautend ist mit dem Antrag des Finanzausschusses, der sich mit der Vorlage vorgestern befaßte. Ich erlaube mir, Ihnen den Antrag des Finanzausschusses zur Verlesung zu bringen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Das Frühjahrsarbeitsprogramm 1953 mit Gesamtausgaben von 35 Millionen Schilling wird genehmigt.

In Erfüllung dieses Auftrages wurde ein Frühjahrsarbeitsprogramm mit Gesamtkosten von 35 Millionen Schilling ausgearbeitet, welches nunmehr zur Beschlußfassung übermittelt wird.

Ich erlaube mir, Ihnen die einzelnen Vorhaben des Frühjahrsarbeitsprogrammes zur Kenntnis zu bringen:

2. Zur Deckung dieser Ausgaben wird die niederösterreichische Landesregierung ermächtigt, verzinsliche schwebende Schulden oder Anleihen bis zur Höhe von 35 Millionen Schilling aufzunehmen.

3. Das Frühjahrsarbeitsprogramm 1953 bildet einen Teil des außerordentlichen Voranschlages 1953 und ist bei Erstellung desselben in diesen aufzunehmen.

4. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, Voranschlagsansätze, wie sie in der Aufschlüsselung des Frühjahrsarbeitsprogrammes bezeichnet sind, zu eröffnen und die bewilligten Beträge als vorläufige Kredite vorzuschreiben.

5. Die Voranschlagsansätze des außerordentlichen Voranschlages 1953 (Frühjahrsarbeitsprogramm 1953), 63—62 ‚Für sonstige Siedlungszwecke‘ und 63—63 ‚Für sonstige Wohnbauförderung‘, werden als gegenseitig deckungsfähig erklärt.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen einzuleiten.

PRÄSIDENT SASSMANN: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter D u b o v s k y.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Die Zahl der Arbeitslosen wächst in einem beängstigenden Ausmaß. Waren es Ende Dezember etwas über 47.000, so waren es bereits Mitte Jänner fast 55.000 Menschen, die in Niederösterreich ohne Beschäftigung waren, Menschen, die vom Produktionsprozeß ausgeschaltet und mehr oder minder der Not

preisgegeben sind. Damit ist aber auch bereits eine Höhe erreicht, die an den Jahresdurchschnitt des Krisenjahres 1937 herankommt. Damals wurden im Durchschnitt 55.000 Arbeitslose in Niederösterreich gezählt. Es ist begreiflich, daß es die offiziellen Stellen angesichts der Wahlen am 22. Februar bisher vermieden haben, die Arbeitslosenziffer mit dem Stand von Mitte Jänner bekanntzugeben. Mit diesen Ziffern kommt nämlich die verhängnisvolle Politik der bisherigen Regierung, die Politik der Koalitionsparteien, für unser Land zum Ausdruck, 55.000 Arbeitslose in Niederösterreich allein, 281.000 in Österreich, das ist das Ergebnis einer Politik von sieben Jahren! Wenn man heute versucht, diese Dinge irgendwie zu beschönigen und mit den Worten zu erklären versucht, Schuld an dieser Spitze sei die schlechte Witterung — wie es in der letzten Aussendung der Landeskorespondenz heißt —, so möchte ich dazu nur feststellen, daß es bekanntlich mit Jahresende und Jahresbeginn eines jeden Jahres eine schlechte Witterung gibt. Was für die Periode 1952/53 zutrifft, ist ebenso auch für die Periode 1948/49 zugetroffen. Aber damals hat man anfangs Dezember im Jahre 1948 11.946 Arbeitslose in Niederösterreich gezählt, während es am 1. Dezember 1952 31.589 waren, also fast das Dreifache. Ich glaube, daß die Feststellung, die von der Landeskorespondenz getroffen wurde, nämlich die schlechte Witterung sei schuld daran, absolut falsch und nur dazu bestimmt ist, hier irrezuführen und über die wirklichen Ursachen zu schweigen. Aber es heißt dann richtig in der Landeskorespondenz, daß auch andere Umstände an dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit Schuld tragen. Diese anderen Umstände sind es jedoch, die dazu geführt haben, daß wir es jetzt auf eine Höhe der Arbeitslosigkeit gebracht haben, die bereits dem Durchschnitt des Jahres 1937 entspricht. Was sind nun diese anderen Umstände und wo liegen wirklich die Ursachen für die Arbeitslosigkeit? Nun, die Ursachen liegen vor allem darin, daß erstens der innere Markt zu eng, zu schmal geworden ist, daher nicht in der Lage ist, durch entsprechende Käufe auch eine entsprechende Beschäftigung zu sichern, und daß zweitens große Teile unserer Industrie ihre traditionellen Absatzmärkte verloren haben, und zwar deswegen, weil einfach in einer Sperrliste festgelegt wurde, daß Waren, vom Zucker und der Badehose angefangen bis zu allen möglichen Produkten — 4000 an der Zahl —, nicht exportiert werden dürfen. Die Ursache der Schwächung des inneren Marktes liegt vor allem in der unheilvollen Politik der fünf Lohn- und Preispakete. Jeder dieser fünf Lohn-

und Preispakete, einer immer stärker als der vorangegangene, hat zu einem Schrumpfen des Realeinkommens der kleinen Leute, der Arbeiter, der Bauern, der Gewerbetreibenden, in Österreich geführt. Wenn das Einkommen dieser Menschen schrumpft, so bedeutet das, daß sie eben weniger kaufen können, daß daher auf dem inneren Markt die Kaufkraft zu sinken beginnt. Wenn man uns heute erklären will, die Textilindustrie, die ja besonders von der Krise betroffen ist, oder die Schuhindustrie könne eben nicht mehr so produzieren wie noch vor zwei Jahren, weil der Nachholbedarf gedeckt ist, dann möchte ich Ihnen sagen, daß ich in den Kreisen dieser kleinen Leute noch niemand gefunden habe, der mir erklärt hätte, ich kaufe mir keine Schuhe und keine Kleider, weil ich schon zuviel zu Hause habe. Jeder hat mir noch erklärt, er müsse heute seine Schuhe solange tragen, solange sie nur halbwegs noch gebrauchsfähig sind, und er würde sich nicht ein Paar, sondern zwei und drei Paar Schuhe kaufen, wenn er nur das notwendige Geld dazu hätte. Hier kommt die Politik der Koalitionsparteien zum Ausdruck, die zur Schrumpfung des inneren Marktes geführt hat.

Auch in diesem Landtag hat es von beiden Fraktionen zu jedem Lohn- und Preisabkommen und zum Währungsschutzgesetz Redner gegeben, die hier in diesem Hause diese Lohn- und Preispakete und dieses Währungsschutzgesetz als einen Segen für die österreichische Bevölkerung hingestellt haben. Nun, wie dieser Segen aussieht, bekommt heute die Bevölkerung sehr deutlich in der ständig steigenden Zahl der Arbeitslosen, in den immer stärker werdenden Schwierigkeiten der kleinen Angestellten, Gewerbetreibenden und Bauern zu spüren.

Und nun die andere Seite. Um hier nun wirklich wirksam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wäre es notwendig, durch entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die zurückgebliebenen Einkommen dieser kleinen Leute den weit vorangeeilten Preisen nachgezogen werden. Daß die Preissenkung dieser Aufgabe nicht gerecht wurde, werden auch Sie nicht mehr bestreiten. Auch Sie wissen ganz genau, daß das Ergebnis dieser Preissenkung, mit der ein großes Trommelfeuer der Propaganda geführt wurde, alles andere denn einer Preissenkung gleichgekommen ist.

Hier müßte man durch entsprechende Maßnahmen eben die Voraussetzungen schaffen, das Realeinkommen der kleinen Leute zu erhöhen, sie kaufkräftig zu machen und damit die Produktion gerade der Gebrauchsgüterindustrie wieder in Schwung zu bringen.

Die zweite Tatsache ist das Versagen des Außenhandels und seine bewußte Drosselung. Ich weiß, die österreichischen Unterhändler bei allen Handelsvertragsverhandlungen befinden sich in keiner rosigen Lage. Sie sollen doch alles daransetzen und alles versuchen, daß diese Handelsverträge nicht zustande kommen, damit dem Befehl entsprochen wird, daß die auf der Sperrliste befindlichen 4000 Waren nicht exportiert werden.

Trotz alledem haben wir gerade in Niederösterreich einige Beweise, daß es durchaus möglich ist, Übereinkommen zu treffen, die zu einer wesentlichen Senkung der Arbeitslosigkeit führen würden. Es hat z. B. die Firma Walek in Wiener Neustadt — es wird immer angeführt, daß angeblich Textilien im Osten nicht gebraucht werden — einen Auftrag von 13 Millionen Schilling aus Polen erhalten, der vergangene Woche fertig ausgeliefert wurde. Die Polen haben den Wunsch geäußert, noch mehr Bestellungen zu tätigen, und auch die Firma Walek wäre dazu bereit, doch bei der Vorsprache im Ministerium wurde den Vertretern dieser Firma erklärt: Ja, das würde Ihnen und den Polen so passen, aber uns paßt es nicht!

Ein weiteres Beispiel: Die Firma Haid in Stockerau, die Drehbänke erzeugt und sich in ernstesten Schwierigkeiten befindet, ja bereits Abbaumaßnahmen durchgeführt hat, könnte einen Millionenauftrag aus der Deutschen Demokratischen Republik erhalten, wenn er die Zustimmung des Ministeriums finden würde. Die Betriebsräte dieses Betriebes versuchen nun verzweifelt, die Zustimmung zu dem Auftrag zu erhalten, damit sie ihren Arbeitskollegen den Arbeitsplatz sichern können.

Erst gestern wurde verlautbart, daß die Sowjetunion bereit ist, einen Auftrag von 300 Millionen Schilling zu erteilen, einen Globalauftrag, in dem sich alle möglichen Güter befinden, darunter auch Waren wie Radiatoren und Kessel der Wiener-Neustädter Radiatorenwerke. (*Zwischenrufe bei der Volkspartei.*) Interessant ist nur, was dazu die sozialistische Betriebszeitung, die „Welt der Arbeit“, in ihrer letzten Nummer geschrieben hat. Der Direktor der Wiener-Neustädter Radiatorenwerke bemüht sich, er läuft sich buchstäblich die Füße wund, um die Aufträge zu erhalten. Er hat mit allen Instanzen verhandelt und versucht, über die Kommandanturen zu diesem Auftrag zu gelangen. Die sozialistische „Welt der Arbeit“ kreidet ihm das höchstpersönlich an, und es wird daraus gefolgert: „Er wurde zur Kommandantur beordert.“

Aber das ist nur eines der vielen Beispiele, wie man es macht und wie man alles daransetzt, damit Aufträge nicht zustande kommen, deren Vergebung durchaus möglich wäre.

Diese Liste von Beispielen könnte man noch fortsetzen, um zu zeigen, daß es durchaus möglich wäre, durch bestimmte Maßnahmen zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich zu kommen, wobei es ganz klar ist, daß ein Weg allein nicht genügt, sondern daß hier alle Wege im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beschritten werden müssen.

Einer dieser Wege ist auch die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand. Ein diesbezüglicher Antrag — er nennt sich Frühjahrsarbeitsprogramm — liegt heute dem Landtag vor. Wenn wir für diesen Antrag stimmen, so nicht deswegen, weil wir glauben, daß es ein Frühjahrsarbeitsprogramm ist, sondern weil wir der Meinung sind, daß rasch etwas geschehen muß, ja daß noch viel mehr geschehen muß als in diesem Frühjahrsarbeitsprogramm enthalten ist. Denn dieses Frühjahrsarbeitsprogramm verspricht mehr, als es tatsächlich hält. Dieses Frühjahrsarbeitsprogramm kommt mit seinen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht einmal an das heran, was ein normales Budget für 1953 in Niederösterreich an Mitteln für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellt hätte.

Dieses Frühjahrsarbeitsprogramm — und das muß hier gesagt werden — ist nicht das, was wir brauchen. Um wirksam die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können, muß bedeutend mehr geschehen und gemacht werden, als kurz vor den Wahlen einfach einen Teil der in einem normalen Budget zur Verfügung stehenden Mittel unter dem Namen Frühjahrsarbeitsprogramm zusammenzufassen, nur um Wählerstimmen zu erhalten. Und darum geht es ihnen! Wenn hier wirklich ernsthaft der Wille vorhanden gewesen wäre, die Arbeitslosigkeit zu verhindern und wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen, dann hätte das ja schon zu einem bedeutend früheren Zeitpunkt geschehen können.

Als wir in den vergangenen Jahren auf die damals allerdings noch langsam anwachsende Zahl der Arbeitslosen verwiesen, waren es wieder Sie, die damals die Warnungen mit einem Lächeln quittierten. Ich glaube, inzwischen ist Ihnen das Lachen vergangen, denn inzwischen hat sich bestätigt, wie recht wir hatten, als wir immer wieder verlangten, daß sich der Landtag erheben muß, um gerade der in Niederösterreich besonders anwachsenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten, die ihre Ursache in der ständigen, bewußten Benachteiligung unseres Bundeslandes auf allen Gebieten hat, sei es auf dem Gebiet des

Straßenbaues, des Wohnungsbaues, des Fürsorgewesens usw.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß dem Lande Niederösterreich von seiten der Bundesregierung nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden, auf die es Anspruch hat, dank seiner Bevölkerungszahl und dank seiner Bedeutung, die es im gesamten österreichischen Staat besitzt. Das soll durchaus nicht nur vom niederösterreichischen Standpunkt aus gesehen werden, denn jeder muß wissen, daß sich diese Politik in Niederösterreich, wenn sie so weitergeführt wird wie bisher, sich letzten Endes zum Schaden ganz Österreichs auswirken wird. Das muß jeder sehen. Es geht daher darum, daß hier die Maßnahmen getroffen werden, um die Benachteiligung Niederösterreichs durch die Bundesregierung zu beseitigen und um damit den arbeitenden Menschen genügend Arbeitsplätze schaffen zu können. Wir haben gegen diese Benachteiligung von Ihnen kein Wort gehört, außer manchmal draußen in Versammlungen. Dafür aber haben wir auf einer Tagung in Salzburg vom verantwortlichen Finanzreferenten dieses Landes, als er über die Energieversorgung gesprochen hat, gehört, daß Österreich einmal zur Kenntnis nehmen muß, daß es diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges liegt und daß man jenseits des Eisernen Vorhanges — und das ist Niederösterreich — keine Investitionen durchführen wird, das heißt also, daß der Finanzreferent des Landes damit einverstanden ist, daß die niederösterreichische Bevölkerung keine Arbeit bekommt. Was ist das für ein Mitglied der Landesregierung, was ist das für eine Fraktion, der dieser Landesrat angehört und die vorgibt, die niederösterreichischen Interessen zu vertreten und dabei solche Erklärungen zur Kenntnis nimmt? Das sind Erklärungen, die nur bestätigen, daß man ganz zielbewußt und planmäßig mit Unterstützung der Landesregierung dieses Land zugrunde richten will, daß man nichts dagegen unternimmt, ja mehr noch, daß man alles daransetzt, um es zu schädigen. Da soll Ihnen nun jetzt, vier Wochen vor den Wahlen, jemand glauben, daß es Ihnen mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernst geworden ist? Da soll Ihnen jemand glauben, daß Sie jetzt auf einmal alles mobilisieren werden, um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen? Nein, niemand wird Ihnen das glauben, und zwar wegen der Tatsachen, die in den letzten vier Jahren gesetzt wurden, und wegen der Erklärungen, die von verschiedenen Stellen Ihrer Seite in dieser Richtung abgegeben wurden. Wenn es Ihnen wirklich ernst gewesen wäre, dann hätte man doch ein

normales Budget erstellen können. Wir haben schon bei den Beratungen zum Budgetprovisorium darauf hingewiesen, wie notwendig gerade ein Budget für die Schaffung von Arbeitsplätzen gewesen wäre. Mit verschiedenen Ausflüchten wurde damals das Budgetprovisorium beraten, darüber abgestimmt und angenommen. Es wurden die Ausflüchte gebraucht, daß wir mehr Mittel vom Bund erreichen wollen, wenn das neue Parlament zusammentritt und die neue Bundesregierung konstituiert sein wird. Nach den Wahlen werden wir aber wieder zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Bund ebenso wenig wie in den vergangenen Jahren zur Verfügung stellt. Wir brauchen nur das Jahr 1952 hernehmen. Was hätte da nicht vom Bund an Beiträgen zu gemeinsamen Arbeiten der Wasserversorgungen, der Meliorationen, der Ent- und Bewässerungen geleistet werden sollen? Sehr bald hat sich herausgestellt, daß zwar die Mittel des Landes, wenn auch in sehr bescheidenem Ausmaße, vorhanden gewesen sind, daß aber der Bund sehr rasch erklärt hat, er habe kein Geld, er könne nichts dazu beitragen. Erinnern Sie sich noch an die Sitzung des Finanzausschusses, als sozusagen im letzten Moment schnell noch gerechnet, dividiert, multipliziert, subtrahiert wurde, weil angeblich der Bund soviel Mittel zur Verfügung stellt. Die vorhin beschlossene Regierungsvorlage ist schon ein Beweis dafür, wie diese Mittel zur Verfügung gestellt werden. 300.000 Schilling müssen nämlich von einem Voranschlagsansatz in den anderen übergeleitet werden, nur deswegen, weil der Bund, obwohl Mitte Dezember noch von seiten des Landwirtschaftsministeriums versprochen wurde, dem Land die Mittel für dieses Winternotstandsprogramm zur Verfügung zu stellen, zu der Zeit, als das Winternotstandsprogramm im Landtag beschlossen war, erklärt hat, dafür habe er kein Geld. Damit war aber auch dann schon das „Wunder von Niederösterreich“, wie es in der ÖVP-Presse bezeichnet wurde, beendet. Dieses Wunder wurde allerdings dann von einem Abgeordneten der ÖVP korrigiert, es war aber schon agitatorisch ausgenützt und hinausposaunt worden, was hier alles geschehen wird. Nur die Arbeitslosen, die sich davon eine rasche Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit versprochen haben, warten zum großen Teil noch darauf, daß sie Arbeitsplätze bekommen. In der letzten Regierungssitzung wurde sogar ein Antrag eingebracht, das Winternotstandsprogramm bis Ende April 1953 zu verlängern, weil sich in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht die Möglichkeit der Vergebung der Arbeiten ergibt.

Was soll man nun vom Frühjahrsarbeits-

beschaffungsprogramm halten? Es wird jetzt nur einen Teil jener Arbeiten bringen, die im Budget des Landes für 1953 ohnehin vorgesehen sein werden. Arbeit in einem Ausmaß, wie es ein normales Budget gebracht hätte, wird es keinesfalls bringen. Daher stellt dieses Frühjahrsarbeitsprogramm durchaus nicht eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar, sondern täuscht etwas vor, was nicht vorhanden ist.

Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann nur erfolgen, wenn zu den Ausgaben eines normalen Budgets zusätzliche Mittel flüssiggemacht werden. Was heißt aber zusätzliche Mittel? Bei der Beratung des Winternotstandsprogrammes hat der Finanzreferent wohl erklärt, der Kreditmarkt habe sich so belebt, daß es heute sehr leicht möglich sei, Kredite für das Land zu erhalten. Mit Krediten allein aber wird man die Arbeitslosigkeit nicht bekämpfen können, sondern sie können nur einen Teil des Gesamtplanes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellen. Dem Lande Niederösterreich stehen aber zusätzliche Mittel zur Verfügung, die, wenn sie in vollem Umfang eingesetzt werden, tatsächlich ein wesentliches Sinken der Arbeitslosigkeit herbeiführen werden. Diese zusätzlichen Mittel sind jene Gelder, die Niederösterreich bisher aus eigenem für die Kosten des Wiederaufbaues aufgebracht hat, deren Aufbringung aber durchaus nicht eine Angelegenheit des Landes oder der Gemeinden war, sondern die eine ausschließliche Angelegenheit des Bundes ist. Und hier ist es nun an der Zeit, angesichts dieser sprunghaft angewachsenen Arbeitslosigkeit mit aller Energie zu verlangen, daß jene vom Lande bevorschussten Mittel nunmehr vom Bund zurückbezahlt werden, damit eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen kann.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu stellen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Da sich die bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramme und die im Rahmen des Budgetprovisoriums ausgeworfenen Mittel als unzulänglich erweisen, wird die Landesregierung aufgefordert, ehestens mit der Bundesregierung Verhandlungen einzuleiten über Maßnahmen, die eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sichern.“

Inbesondere ist vom Bund die Rückerstattung der vom Lande Niederösterreich, den Gemeindeverbänden und Gemeinden zur Behebung der Kriegsschäden ausgegebenen Beträge zu fordern.“

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt Herr Abg. W e n g e r.

Abg. WENGER: Hohes Haus! Das uns vorliegende Frühjahrsarbeitsprogramm erhebt zweifellos nicht den Anspruch darauf, als irgend etwas Neues zu gelten, und ich glaube auch, daß es für uns völlig klar ist, daß durch dieses Frühjahrsarbeitsprogramm nicht irgendwelche zusätzliche Mittel ins Rollen gebracht werden. Aber etwas anderes ist der Fall. Dieses Frühjahrsarbeitsprogramm stellt nämlich für das Land Niederösterreich eine absolute Notwendigkeit dar, weil die Tatsache, daß im ganzen Bundesgebiet 280.000 Arbeitslose sind, wovon ein Fünftel nahezu auf Niederösterreich entfällt, uns nicht unberührt lassen kann.

Es ist auch, glaube ich, in diesem Zusammenhang müßig, darüber zu streiten, ob die gesamte Arbeitslosigkeit eine echte Arbeitslosigkeit ist oder nicht und ob es in einzelnen Fällen, die es zweifellos geben wird, so ist, daß man diese Fälle als unecht bezeichnen kann. Der weitaus überwiegende Teil der Arbeitslosen sind Menschen, die ihren Beruf verloren haben und die dringend eines Einkommens bedürfen. Diesen Umständen müssen wir unbedingt Rechnung tragen. Ich glaube, daß jeder Mandatar, der auch nur einigermaßen Verantwortungsbewußtsein in sich trägt, sich klar darüber sein muß, daß in dieser Situation auch das Land zu handeln hat.

Mit Hilfe des Frühjahrsarbeitsprogramms werden wir den Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit intensivieren können, und es wird zweifellos damit auch ein Erfolg verbunden sein. Wenn 35 Millionen Schilling eingesetzt werden, so ist es klar, daß damit auch andere Mittel ins Verdienen gebracht werden, und zwar dadurch, daß die Interessenten ihre Beiträge zu leisten haben. Es ist also außer Zweifel, daß eine gute Wirkung daraus entstehen wird.

Dennoch müssen wir uns fragen, ob es denn notwendig war, daß wir zu solchen Maßnahmen schreiten. Denn es war bereits im Sommer 1952 sichtbar, daß sich eine derartige Entwicklung anbahnt. Als der Herr Finanzminister angekündigt hat, daß die öffentlichen Investitionen eingeschränkt werden sollen, als er der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die Investitionstätigkeit stärker in der Richtung nach der Konsumgüterindustrie hin erfolgen soll, also nach der Seite der Privatwirtschaft hin, war es uns allen zusammen klar, daß die Arbeitslosigkeit in stärkstem Maße ansteigen müsse. Und wir haben es auch im Sommer bereits festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr auf das

Ausmaß heruntergesunken ist, als dies noch ein Jahr vorher der Fall gewesen ist. Wir wußten es also und wir haben es auch ständig aufgezeigt, daß diese Gefahr besteht und daß in den Wintermonaten eine stärkere Arbeitslosigkeit uns zu höchster Alarmbereitschaft aufrufen wird.

Wir sind der Meinung, und wir glauben, daß wir damit nicht fehlgehen, daß auch der Herr Finanzminister sich völlig im klaren darüber war, daß eine solche Entwicklung in Österreich eintreten wird. Wenn er es nicht gewußt hätte, wenn er durch die Tatsache des Anstiegens der Arbeitslosigkeit überrascht worden wäre, dann glaube ich, daß man ihm ruhig die Fähigkeiten, Finanzminister zu sein, abprechen könnte. Ich zweifle aber nicht daran, daß er sich völlig im klaren war über die Auswirkungen seiner Finanzpolitik.

Wenn also der Herr Finanzminister schon seinerzeit so gehandelt hätte, wie wir jetzt im Lande Niederösterreich zu handeln gezwungen sind, so glaube ich, daß uns dann eine Menge Arbeit erspart geblieben wäre. Was wir jetzt tun und was wir jetzt im Lande zu tun haben, gleicht ungefähr der Tätigkeit eines Arztes, der bewußt das Entstehen einer Krankheit beobachtet, ohne dagegen etwas zu tun und erst dann, wenn die Krankheit völlig ausgebreitet ist, mit der Behandlung einsetzt.

Ich glaube, daß für die Entschlüsse, die wir jetzt zu fassen haben, ja fassen müssen, es müßig wäre, einen Dank zu verlangen beziehungsweise einen solchen jemand abzustatten. Das wäre geradezu absurd. Wir müssen also einfach trachten, die Schäden, die durch die Politik des Herrn Finanzministers entstanden sind, auch in unserem Bundesland so weit als möglich zu reparieren. Und wenn wir uns an einer solchen Entwicklung nicht mitschuldig machen wollen, dann glaube ich, daß wir noch ein Zusätzliches tun müssen, das heißt, daß mehr gemacht werden muß, als wir zu tun vorhaben.

Wir sagen es immer wieder, Hohes Haus, es kann und darf im 20. Jahrhundert nicht mehr sein, daß Menschen einfach vom Arbeitsprozeß ausgeschaltet werden. Es ist ein lächerliches Märchen, ein längst überholtes Märchen, daß eine sogenannte industrielle Reservearmee, also ein großes Heer von Arbeitslosen, etwas für die Wirtschaft Gutes oder Nützliches wäre. Das kann höchstens gut und nützlich sein für einige wenige, aber für die große Mehrheit der Bevölkerung ist die Arbeitslosigkeit eine Geißel, ich möchte fast sagen, sie stellt eine Strafe dar für Menschen, die nichts verbrochen haben. Diese Strafe erleiden sie dafür, daß das Volkseinkommen nicht gerecht

verteilt ist. Leider gestatten es die politischen Verhältnisse in unserem Lande nicht oder — wollen wir vielleicht sagen — noch nicht, das Volkseinkommen in anderer Weise zu verteilen. Aber dennoch muß die minimale Forderung erhoben werden, die wir unter allen Umständen berücksichtigen werden, daß den Menschen in unserem Lande Arbeitsmöglichkeiten gegeben werden, damit sie von der Sorge um das tägliche Brot befreit sind. Wir sind der Meinung, daß gerade in unserem Bundesland Niederösterreich große Projekte vorhanden wären, daß also Möglichkeiten bestünden, Arbeit in reichlichem Maße zu schaffen. Wenn ich nur daran denke, daß seit längerer Zeit, ja seit Jahren darüber gesprochen und geschrieben wird, wie man zum Beispiel die drohende Versandung des Marchfeldes verhindern könnte. Das ist nur ein Projekt unter vielen anderen. Wir sehen auch in diesem Frühjahrsarbeitsprogramm einen Betrag, der für die Zwecke der Marchfeldbewässerung ausgeworfen ist. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Marchfeldbewässerung in ihrer Gesamtausführung wahrscheinlich ebenso viele hunderte Millionen Schilling erfordern würde, als wir tausende Schilling jetzt einsetzen, dann kann ich mir nicht gut vorstellen, daß damit irgend etwas Erspreißliches geleistet werden könnte.

Wir nehmen weiter einfach zur Kenntnis, daß die Donau jahraus, jahrein ungenützt durch unser Bundesland fließt. Der Name Ybbs-Persenbeug ist bei uns in Niederösterreich bereits ein Begriff geworden. Warum sollten wir nicht letzten Endes ernstlich daran denken, daß dieses Kraftwerk Ybbs-Persenbeug einmal ausgebaut werden muß? Ich bin mir darüber vollständig klar, daß hier auch politische Schwierigkeiten bestehen. Ich bin mir auch darüber klar und weiß, daß die Besatzungsmacht bis heute dieses Bauvorhaben territorial- und materialmäßig noch nicht bedingungslos in das österreichische Eigentum übergeben hat; ich glaube aber, daß wir auch da zu einem Ziel kämen, wenn wir uns ernstlich mit dieser Frage an die Besatzungsmacht wenden würden. Wenn die Besatzungsmacht dieses unser Verlangen ablehnen würde, dann würde sie sich noch mehr als es schon bisher der Fall gewesen ist, uns Österreicher gegenüber ins Unrecht setzen. Wir wissen, daß derartige Bauvorhaben viel Geld erfordern, und es ist uns vollständig klar, daß dazu — nicht wie es propagandistisch oftmals gesagt wird — auch die Arbeiter beitragen sollen. Wir wissen, daß die gesamte Bevölkerung an der Kostendeckung eines so großen Bauvorhabens Anteil nehmen müßte. Glauben Sie mir, Hohes Haus, die arbeitende Bevölkerung

wäre zweifellos bereit, wenn der Kampf um die endgültige Beseitigung der Arbeitslosigkeit in größerem Maße aufgenommen würde, daran auch finanziell teilzunehmen. Warum bisher keine derartige Begeisterung dafür in Erscheinung getreten ist, hat seinen guten Grund darin, daß eben der arbeitenden Bevölkerung der Glaube daran fehlt, daß die Besitzenden in gleichem Maße bereit sind, an der Finanzierung solcher großer Aufgaben teilzunehmen. Bisher mußten wir jedesmal sehen, wenn Lohnerhöhungen notwendig geworden sind, daß die Unternehmer immer wieder getrachtet haben, diese Lohnerhöhungen auf die Preise zu überwälzen und damit die arbeitende Bevölkerung in stärkstem Maße zu belasten. Wir stellen auch immer wieder fest, daß von seiten des Landes den Unternehmern vielfach mehr Wohlwollen entgegengebracht wird als den arbeitenden Menschen. Wir haben — um es nur kurz zu erwähnen — vor einiger Zeit eine Anfrage bezüglich der übermäßigen Schonung der Bäckereiunternehmer gestellt, wenn gegen sie Strafen verhängt werden, weil sie die Arbeitsordnung verletzt haben. Wir haben vom Herrn Landeshauptmann eine Antwort erhalten, in der zugegeben wird, daß ein Teil der Bestrafung zugeführt wird, über einen anderen Teil aber noch immer das Verfahren schwebt und noch gar nicht abzusehen ist, wie der Ausgang dieses Verfahrens sein wird. Während wir diese Antwort erhalten haben, laufen immer wieder neue Klagen ein, daß gegen Gesetzesübertreter Strafen ausgesprochen werden, oft namhafte Strafen, und daß von der Landesregierung erklärt wird, das Vergehen des Unternehmers sei nicht so groß, daß eine Bestrafung notwendig wäre. Es ist also begreiflich und verständlich, daß die arbeitende Bevölkerung immer wieder Mißtrauen dagegen hat, wenn sie zu irgendeiner Leistung herangezogen werden soll, weil sie eben berechtigterweise annimmt, daß sich die Unternehmer vielfach von der Verpflichtung, ihren Teil dazu beizutragen, zu drücken versuchen.

Wir sind auch der Meinung, Hohes Haus, daß für den Wohnbau mehr gemacht werden sollte. Wir stellen in dem uns vorliegenden Frühjahrsarbeitsprogramm fest, daß ein ungefährer Betrag von 13 Millionen Schilling dafür vorgesehen ist. Damit kann zweifellos viel geholfen werden, und wir sind auch der Meinung, daß dies Arbeitsbeschaffung in bester Form ist. Trotzdem müssen wir feststellen, daß diese Ausgabe nur einen Tropfen auf einen heißen Stein darstellt. Wir brauchen ja nicht hunderte Wohnungen in Niederösterreich, sondern wir sind davon überzeugt, daß wir tausende Wohnungen brauchen! Wir

müssen doch endlich den jungen Menschen ein Ziel geben und ihnen sagen können, daß sie in einer bestimmten Zeit mit einer Wohnung rechnen können; damit ermöglichen wir ihnen nicht nur die Familiengründung, sondern wir glauben auch, daß wir damit ihrem natürlichen Sparsinn ein Ziel geben und gleichzeitig die Jugendmoral im wesentlichen Ausmaß heben können. Wir können uns ja nicht darauf verlassen, daß vielleicht einmal die Hausbesitzer ihre Forderung nach einer Zinserhöhung, so wie sie beabsichtigt ist, durchsetzen könnten und daß dadurch Wohnraum geschaffen wird, aber gegen dem, daß die arbeitslosen Menschen wieder in die Zwangslage kommen, zusammenrücken zu müssen. Das kann und darf aber nicht mehr kommen! Die Forderung nach einer Wohnkultur — nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem flachen Lande draußen — ist nun einmal gestellt, und ich glaube, daß diese auch nicht mehr verstummen wird. Wir als Land haben dieser berechtigten Forderung Rechnung zu tragen.

Zur Arbeitsbeschaffung im ganzen möchte ich nur daran erinnern, daß sowohl der Österreichische Gewerkschaftsbund als auch der Arbeiterkammertag in gemeinsamer Arbeit ein Mindestforderungsprogramm erstellt und zu seiner Durchführung auch einen gangbaren Weg gewiesen haben. Ich glaube aber nur, daß die bereits einsetzenden Verhandlungen nicht fruchtbar sein können, wenn wir nicht alle daran interessiert sind, daß dieses Forderungsprogramm auch wirklich praktisch durchgeführt wird. Ich möchte gleich vorwegnehmen, daß dies keine politische Forderung, auch keine Forderung unserer Fraktion ist, sondern ich möchte daran erinnern, daß sowohl die Fraktion christlicher Gewerkschafter im Gewerkschaftsbund als auch die christlichen Kammerräte im Arbeiterkammertag in gemeinsamer Arbeit an der Erstellung dieses Programmes mitgewirkt haben.

Wir glauben also, daß das Land daran interessiert sein muß, möglichst bald dafür Sorge zu tragen, daß zusätzliche Mittel flüssig gemacht werden, mit deren Hilfe wir Arbeitsvergebungen in größerem Ausmaß als bisher tätigen können. Daß im Rahmen dieser Mindestforderungen die Kommunistische Partei anderer Meinung war, ist, glaube ich, im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitsbeschaffung für uns nicht entscheidend, denn wir wissen, daß von dieser Seite letzten Endes ziemlich alles negiert wird, was wirklich einem nüchternen Herangehen an diese Frage entspricht.

Ich möchte auch gleich sagen — wenn allerdings auch nur kurz —, daß das Allheilmittel



Osthandel, das heute bereits hier im Hohen Hause erwähnt worden ist, zwar sehr schön aussieht, aber nur dann, wenn man es nur von einer Seite aus betrachtet. Wir hören wohl gern die Botschaft, daß die Sowjetunion für Österreich einen größeren Auftrag bereit hat, aber wie seine Durchführung in der Praxis aussehen wird, können wir zweifellos heute noch nicht beurteilen. Wir sehen es an vielen Beispielen, die wir praktisch vor Augen haben, daß die Schwierigkeiten, die bei den Vertragsverhandlungen entstehen, zeigen, daß es nicht so einfach ist, solche Verträge abzuschließen. Ich darf nur ein kleines Beispiel herausgreifen, nämlich den Handel, den wir mit Polen führen. Polen verlangt von uns beispielsweise für Kohlenlieferungen einen namhaften Teil des Kaufpreises in baren Dollars. *(Hörthörtrufe.)* Wir sind als Österreicher daran interessiert, daß die Zahlungen, die wir in baren Dollars zu leisten hätten, auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden oder daß wir sie vielleicht zur Gänze in Warenlieferungen abgelteten könnten. Bis heute konnte leider ein Einvernehmen mit Polen in dieser Frage nicht erzielt werden. Wir müssen für die Kohlenlieferungen nach wie vor — wie gesagt — einen namhaften Teil des Kaufpreises in baren Dollars zahlen. *(Landesrat Brachmann: Das sind eben auch Dollarhörige! — Heiterkeit. — Abg. Ernecker: Dollars rollen in der Volksdemokratie! — Erneute Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Es ist verhältnismäßig einfach, hier zu sagen, daß die Sowjetunion bereit wäre, uns einen Auftrag in der Höhe von soundso viel Millionen zu erteilen. Die ganze Angelegenheit sieht aber wesentlich anders aus, wenn wir beziehungsweise unsere Beauftragten sich zu Detailverhandlungen über einen solchen Auftrag zusammensetzen, wobei diese Detailverhandlungen leider nicht mehr so zum Fenster hinaus behandelt werden können, wie hier im Hause von einem Redner über diese Auftragserteilung gesprochen wurde. Man könnte hier noch eine Reihe von diesen schönen Dingen aufzeigen.

Wir werden selbstverständlich für das Frühjahrsarbeitsprogramm stimmen, das zweifellos ein Ausdruck des Kampfes gegen das Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist. Aber wir sind der Meinung, daß damit nicht abgeschlossen werden kann. Wir glauben, daß dieses Programm letzten Endes nur ein Auftakt zu größeren Maßnahmen sein kann, ganz gleich, wie der Volksentscheid am 22. Februar ausfallen wird. Unsere Aufgabe als Verantwortliche für das Land ist es und muß es unentwegt sein, die Menschen davor zu bewahren,

daß sie im 20. Jahrhundert noch stempeln gehen, weil die gegenwärtige Gesellschaftsordnung keinen anderen Ausweg aus einer Wirtschaftskrise weiß. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Ing. H i r m a n n.

Abg. Ing. HIRSMANN: Hoher Landtag! Es gibt wohl kaum in diesem Hause jemand, der es nicht tief bedauert, daß eine solch große Zahl von Menschen in diesem Lande arbeitslos ist. Es ist selbstverständliche Pflicht aller Verantwortlichen, dafür zu sorgen, daß diese Menschen so bald als möglich wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Es ist aber doch notwendig, zu unterscheiden zwischen jenen Arbeitslosen, die saison- und witterungsbedingt feiern müssen, und jenen, die konjunkturbedingt keine Arbeit finden können. Es ist nun einmal Tatsache, und darüber kommt man nicht hinweg, daß schon seit Anfang Dezember des vergangenen Jahres fast ohne Unterbrechung das Thermometer unter Null steht und daß deshalb alle oder fast alle Bauarbeiten eingestellt werden mußten. Es mag schon möglich sein, daß da und dort, vor allem in den Großstädten, wo die technischen Einrichtungen leichter zu erreichen sind, Bauarbeiten auch während des Frostes durchgeführt werden können. Das ist aber draußen auf dem flachen Lande, in den Provinzstädten und vor allem bei jenen Bauarbeiten, die sich mit Meliorationen befassen, nicht durchführbar.

Es zeigt sich auch, daß jene Menschen, die während des Jahres, allen Witterungseinflüssen ausgesetzt, ihre Arbeit verrichteten, es sehr wohl zu schätzen wissen, wenn sie eine bestimmte Zeit lang eben nicht zur Arbeit gehen müssen. Sie nehmen diese Ruhepause als wohlverdient hin. *(Abg. Ernecker: Sehr richtig!)* Vom Standpunkt der Großstadt darf nicht vergessen werden, daß die auf dem flachen Lande in der Bauwirtschaft Tätigen, tagtäglich viele Kilometer Weges zu ihren Arbeitsstätten haben. Die Zurücklegung dieses Weges ist ja in der Winterszeit fast ausgeschlossen. *(Abg. Dubovsky: Bauen wir also noch ein paar zehntausend ab, damit sie auch so einen Genuß im Winter haben! Das ist doch ein Blödsinn! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Es ist selbstverständlich, daß vor allem die Ziegelindustrie durch die Witterungseinflüsse schwer behindert wird, und daß fast alle auf dem flachen Lande befindlichen Ziegelwerke nicht über jene technischen Einrichtungen verfügen, die es möglich machen, auch während der Frostperiode zu arbeiten.

Daß es natürlich auch konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit gibt, steht außer Zweifel. Ich möchte nicht von jenen sprechen, die saisonbedingt, wie bei der Zuckerkampagne, vor einigen Wochen die Arbeit abgeschlossen haben und dadurch ein neues Ansteigen der Arbeitslosenziffern gebracht haben. Das gleiche ist bei der Zuckerwarenindustrie der Fall, die nach Weihnachten eine Ruhepause einschaltet, weil sie sich auf andere Artikel umstellt. Es braucht auch darüber nicht gesprochen werden, daß das Braugewerbe auch mehr oder weniger saisonbedingt nach der Weihnachtszeit eine Ruhepause einschaltet, um für die neue Braukampagne gerüstet zu sein. Wir dürfen aber auch keinesfalls vergessen, daß ein Teil unserer Industrie durch jene Konjunkturschwankungen betroffen wurde, die sich unserer Einflußnahme zur Gänze entziehen. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Das trifft natürlich zum großen Teil für die Textilindustrie zu. Jene weltweiten Ereignisse, die sich auch auf unser Land auswirken, können wir von hier wahrlich nicht beeinflussen.

Wenn man außerdem bedenkt, daß ein ganz beträchtlicher Teil unserer Industriekapazität dem Einfluß unserer Stellen entzogen ist, dann kann man wohl sagen, daß die Schuld an der Arbeitslosigkeit nicht, so wie der Herr Abg. Dubovsky vorhin festgestellt hat, einzig und allein bei der niederösterreichischen Landesregierung oder beim Bund liegt.

Es ist — das vergißt man in einem demokratisch geführten Staat — selbstverständlich in einem autoritär geführten Staat wesentlich leichter, die Arbeitslosenziffer zu senken oder zu verschieben. (*Abg. Dubovsky: Sie ist aber 1935 auch nicht gesenkt worden. 1935, 1936. 1937 war das auch nicht anders!*) Man braucht nicht weit zurückzudenken. Ich glaube, es gibt Staaten genug, die sich in dieser Hinsicht keinerlei Einschränkungen auferlegen müssen, weil sie über Heere und Arbeitsdienst usw. verfügen, so daß das Beseitigen der Arbeitslosigkeit dort leichter ist, wenn auch wahrscheinlich nicht für die davon Betroffenen selbst. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*) Denn es gilt bei uns noch immer, daß keinem Arbeitssuchenden eine Arbeit zugewiesen werden darf, die ihm nicht zumutbar ist, und ich glaube, an diesem Grundsatz der Freiheit werden wir festhalten. Es gibt ja eine ganze Anzahl von Berufen, die man nicht einfach auf gänzlich Berufsfremde überleiten kann. Wie wäre es möglich, einem Textilarbeiter auf einmal die schwere Arbeit eines Bauarbeiters oder eines anderen Arbeiters zu geben? (*Abg. Dubovsky: Man steuert sie halt einfach aus.*)

Das muß allerdings dann berücksichtigt werden.

Der Herr Abg. Dubovsky hat auch darauf hingewiesen, daß das Nachlassen der Kaufkraft einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bringt. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß eine andere Erscheinung ebenfalls eine Erklärung für das Nachlassen einer gewissen Kaufkraft darstellt. Das ist die Steigerung der Spareinlagen. Wer spart, kann nicht gleichzeitig kaufen! Sparen heißt letzten Endes Ansammeln von Kaufkraft, die sich dann früher oder später wieder auswirkt.

Über den Osthandel, der ja immer und bei jeder Gelegenheit als das Allheilmittel hingestellt wird, zu sprechen, ist sehr schwer, weil hier Tatsachen gegen Behauptungen stehen. Tatsache ist, daß nach allen Ausweisen die Clearingspitzen gegenüber den Oststaaten sehr angestiegen sind und daß es fast nicht möglich ist, darüber hinwegzukommen. Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß gerade die Oststaaten, also jene Länder, die uns immer wieder als gegebene, naturbedingte Absatzgebiete hingestellt werden, eine Umstellung ihrer ganzen Industrie vorgenommen haben. Sie sind auf dem Wege vom Agrarstaat zum Industriestaat, und da ist es selbstverständlich, daß die Oststaaten auf Grund dieser Umstellungen nicht Konsumgüter, sondern in erster Linie Investitionsgüter, also schwere Maschinen und dergleichen, verlangen. Wie eine Handelspolitik diesem Verlangen, wenn es je gestellt würde, entsprechen und zur Belegung unseres Konsums beitragen könnte, weiß ich allerdings nicht.

Es ist erfreulich, daß zum Jahresabschluß die verschiedensten Berichte und Zahlen gegeben worden sind und damit festgestellt wurde — das liegt ja eigentlich in der Richtung der Kritik des Herrn Abg. Dubovsky über die verschiedenen Lohn- und Preisabkommen —, daß das vergangene Jahr keine Lohn- und Preisabkommen, sondern eine Stabilisierung der Löhne gebracht hat.

Es liegt auch im Zuge der Entwicklung der Finanzpolitik, die mein sehr geehrter Herr Vorredner kritisiert hat, daß nicht nur Schattenseiten zu sehen, sondern daß im Zuge dieser Umstellung auch Lichtseiten sehr wohl zu beachten sind. Soll es für das Wirtschaftsleben ohne Einfluß sein, daß die Handelsbilanz endlich einmal aktiv geworden ist? Soll es ohne Bedeutung sein, daß die Kurse am freien Devisenmarkt fast zur Gänze den offiziellen Kursen angeglichen sind, und soll es von der Hand zu weisen sein, daß es gelungen ist, die Bankrate zu senken? Ich glaube, das sind immerhin erfreuliche Ge-

sichtspunkte für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Der Vorwurf, daß das Land, vor allem — wie der Herr Abg. Dubovsky sagt — der Finanzreferent, mit voller Absicht es unterlassen hätte, dem Lande das zu beschaffen, was notwendig wäre, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wird durch eine einzige Zahl widerlegt, nämlich durch die 39 Millionen Schilling, die das Land im Vorjahr durch die Bemühungen unseres Finanzreferenten außertourlich erhielt! Vielleicht sagen Sie, der Betrag ist gering, jedenfalls ist er aber immerhin ein nennenswerter Betrag für das Budget unseres Landes.

Wenn man sich nun auf Grund des Frühjahrsarbeitsprogramms bemüht, rasch und bald, wie es irgendwie die Witterungsverhältnisse erlauben, mit der Arbeit einzusetzen, so können wir wohl beruhigt sagen, daß es tatsächlich so wie das Winternotstandsprogramm durchgeführt wird. Wer draußen herumfährt, sieht, daß da und dort gearbeitet wird, soweit es eben die Witterungsverhältnisse erlauben.

Der Voranschlag unseres Arbeitsprogrammes für das Frühjahr ist so erstellt worden, daß er eine möglichst vielseitige Nutzung und eine Ausweitung in die Breite zur Folge haben kann, ganz gleich, ob es sich um den Ausbau des Schulwesens oder des Fürsorgewesens handelt, ob es das Wohn- und Siedlungswesen oder den Um- und Ausbau der Landstraßen betrifft. Alle diese Arbeiten greifen in die Breite. Daß die Beiträge zu den Kosten der Marchfeldbewässerung verhältnismäßig gering sind, ist selbstverständlich, denn es muß ja zuerst eine ganze Reihe von Vorarbeiten geleistet werden, bevor mit der Arbeit selbst eingesetzt werden kann. Wir sind davon überzeugt, daß diese Vorarbeiten wichtige Richt-

linien geben werden, nach denen die Marchfeldbewässerung, deren Bedeutung unbestritten ist, durchgeführt werden kann.

Ich glaube daher, Hohes Haus, daß wir diesem Frühjahrsarbeitsprogramm beruhigt zustimmen können. Wir hoffen, daß es nicht allzulange dauern wird, bis die meisten der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert sein werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT SASSMANN: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. MARCHSTEINER: Angesichts des Ernstes, Hoher Landtag, mit der die Vorlage behandelt wurde, ist anzunehmen, daß das Einverständnis sämtlicher Fraktionen gegeben ist. Ich bitte Sie daher, den Antrag, wie ich ihn zur Kenntnis gebracht habe, anzunehmen.

PRÄSIDENT SASSMANN: Zur Abstimmung liegen vor: Der Hauptantrag des Finanzausschusses und ein Resolutionsantrag des Herrn Abg. Dubovsky.

Ich lasse zuerst über den Hauptantrag des Finanzausschusses abstimmen.

*(Nach Abstimmung): A n g e n o m m e n .*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Dubovsky.

*(Nach Abstimmung): A b g e l e h n t .*

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden. Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 30 Min.)*